Wahrheit • Klarheit • Offenheit

UN

UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN

www.un-nachrichten.de

03618 • 50. Jahrgang • Oktober 2018

Postfach 10 17 06 • 46017 Oberhausen • UN 10/2018

Bevölkerungsexplosion in Afrika: Millionen wollen auswandern!

Im Jahr 2050 werden etwa 2,5 Milliarden Menschen in Afrika leben. Über 40 Prozent von ihnen würden auswandern, obwohl genügend Platz vorhanden wäre. Wohin wird es sie wohl ziehen?

Das offene Wort

Wer sind die Mütter und Väter aller Probleme?

Freiburg, Kandel, Chemnitz und Köthen, Mord, Totschlag, Messerstecher und Vergewaltiger halten seit Jahr und Tag die Öffentlichkeit im Bann und spalten unser Volk.

Wer alle diese Folgen der grenzenlosen Migrationspolitik kleinredet, ist ein Humanist und Demokrat, wer vor ihnen warnt, gegen sie demonstriert, protestiert, Grenzkontrollen und Abschiebung fordert, ist ein Nazi.

Angebliche »Hetzjagden«, »Zusammenrottungen«, »Pogromstimmung«, »brauner Mob«, »Rassismus«, Parolen und Hitlergrüße einiger Irrer (oder Provokateure?), der Abdruck eines Haftbefehls und dann noch zerschlagene Fensterscheiben eines jüdischen Restaurants halten die Politik und die Medien im Bann, statt sich der immer größer werdenden Zukunftsprobleme in Sachen Schulchaos, Bildung, Mieten, Renten- und Altersarmut zu widmen.

Der brüllende Löwe aus Bayern, der die »Herrschaft des Unrechts« seit Jahren mitträgt, hat dazu einen lichten Moment gehabt:

»Die Migrationsfrage ist die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land«.

Sprach´s und regiert mit »Mutti« fleißig mit.

Für uns ein Grund, wie schon so oft zu belegen, daß diese Massenmigration nicht nur eine »Mutti«, sondern auch viele Väter hat und von ganz langer Hand geplant war und ist.

Ihre Sabine Möller

Willkommen für alle Welt?

Willkommen in unseren Sozialsystemen?

Die Aussagen und das Handeln mancher unserer Politiker lassen sich nur noch unter medizinischen Gesichtspunkten erklären.

Bei keinem Volk und zu keiner Zeit haben die Verantwortlichen die ihnen anvertrauten Staatsbürger so unverhohlen, so dreist und so verantwortungslos um ihre durch Fleiß und Sparsamkeit erworbenen Leistungen gebracht. Selbst das durch seine Dekadenz untergegangene Römische Reich war entgegen dem heutigen planvollen Chaos ein Hort der Ordnung.

Solange unsere Wirtschaft »brummt«, lassen sich fast 30 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts für Soziales verkraften, aber wehe das Geld wird knapp!

Nach jüngsten Zahlen betrug das Sozialbudget im Jahre 2017 965,5 Milliarden Euro – dies sind drei Prozent oder 36,5 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2016.

Darin enthalten sind die Beträge für Renten, Krankenversicherung, Lohnfortzahlung, Beamtenpensionen, Grundsicherung und ein Teil der explodierenden »Flüchtlings«-Kosten.

Finanziert wurde das gesamte Sozialsystem im Jahr 2017 zu 34,2 Prozent durch Arbeitgeberzuschüsse, 33,4 Prozent durch den Staat und 30,8 Prozent durch die Beiträge der Versicherten. Man kann es auch ganz einfach auf den Punkt bringen: Alles, aber auch wirklich alles, bis zum letzten Cent, wird durch die arbeitende Bevölkerung aufgebracht – und von sonst niemandem. Dem Fleiß und der Kreativität des deutschen Volkes ist es zu verdanken, daß in diesem Staat keiner verhungert oder erfrieren muß.

Ja, wir zahlen gerne unsere Steuern und Sozialabgaben für die Armen und Schwachen in dieser Gesellschaft. Uns muß keiner erzählen, was Volksgemeinschaft bedeutet, am wenigsten die uns mit ihrem Humanitätsgesäusel in den Ohren liegenden Politiker und Medien, die alle Elenden der Welt in unsere Sozialsysteme einladen, um die Umvolkung voranzutreiben.

Wir lassen uns nicht als rechtsextrem oder ausländerfeindlich diffamieren, nur weil wir den Ausverkauf und das Ausbluten unserer Sozialsysteme aufs schärfste bekämpfen. Wir werden nicht zusehen, wie dieses Land durch den Asyltourismus wirtschaftlich, kulturell und sozial zu dem schon vor 80 Jahren geplanten »Kartoffelacker« verkommt.

Bei aller sozialen Verantwortung: Millionen Elende und Flüchtende in aller Welt können nicht an unserem Sozialsystem teilhaben, das wir erarbeitet haben.

Sozial geht einfach nun einmal nur national! Hilfe da, wo sie geboten ist – aber nicht auf Kosten unserer Zukunft!

ZUM NACHDENKEN:

»Laut Prognosen wird Europa im Jahr 2050 aus 450 Millionen alternden Bewohnern bestehen, während Afrika von 2,5 Milliarden mehrheitlich jungen Menschen bewohnt sein wird. [...] ***Laut Umfragen wollen 42 Prozent der Afrikaner im Alter zwischen 15 und 25 Jahren auswandern.«***

Unabhängige Nachrichten, 8/2018

EURAFRIKA – lange geplant

Graf Coudenhove-Kalergi läßt grüßen!

Seit den 70er Jahren warnen wir in den *Unabhängigen Nachrichten* vor den Plänen des *Richard Coudenhove-Kalergi*. Sie sind also nicht unbekannt, aber die großen Massenmedien schweigen beharrlich darüber. Diese Pläne werden bis heute als »Verschwörungstheorie« abgetan, ihre Verwirklichung ist heute aber sichtbarer denn je.

In der *UN* 1/2008 warnten wir bereits vor der Umsetzung des Planes durch die EU – heute sichtbarer als schon damals.

Europe told to open borders for 20m Asian and African workers

Justice chief says all skill levels are required

By Andrew Bounds in Brussels

Europe must relax its immigration controls and open the door to an extra 20m workers during the next two decades, the Euro-

Asia." He will suggest the word immigration and its "dark side" should be dropped in favour of "mobility".

While 55 per cent of unskilled labour goes to the EU and only five per cent to the USA, some 55 per cent of skilled labour goes to the USA and only five per cent to the EU.

two-year residency that could be extended. After five consecutive years living in any number of EU countries they would be allowed to stay permanently.

He is to table a law laying out minimum working standards for unskilled migrants and forming a one-stop shop for them to apply for work permits.

»Europa soll die Grenzen für 20 Millionen asiatische und afrikanische Arbeiter öffnen«. Diese Schlagzeile war keine Horrormeldung eines möglicherweise europafeindlichen, rechtsradikalen, nationalistischen oder gar rassistischen Propagandablattes, sondern die Überschrift eines Berichtes der *Financial Times Europe* vom 13.9.2007, in dem die EU-Pläne erläutert wurden (englischer Originaltext anzufordern unter UN-Archiv 1082).

Aktueller denn je: Die »eurasisch-negroide Zukunftsrasse« des Coudenhove-Kalergi

Der Rassismus lebt heute nur noch in den Köpfen irgendwelcher »Neonazis«? Wer das glaubt, sollte sich mit den nachfolgenden Plänen und Ideen vertraut machen. Vorweg sei gesagt: **All diese Pläne und Ideen steuern auf die Vernichtung vor allem des deutschen Volkes hin.**

Nicht nur die Nationalsozialisten machten sich Gedanken über die Menschenrasse der Zukunft. Auch der Gründer der Paneuropa-Union, *Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi*, hatte seine Vorstellungen über die Menschenrasse des künftigen Europas, welche er in seinem Buch »Praktischer Idealismus« (1925 erschienen) niederschrieb:

»Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein.« (Seite 22) ***»Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.«*** (Seite 23) ***»So hat eine gütige Vorsehung Europa in dem Augenblick, als der Feudaladel verfiel, durch die Judenemanzipation eine neue Adelsrasse von Geistes Gnaden geschenkt.«*** (Seite 50) ***»Der Adelsmensch der Zukunft*** [...] ***wird synthetisch sein.«*** (Seite 55)

Soweit der Gründer und Ideengeber der Paneuropa-Union. Die Paneuropa-Union gilt als die älteste europäische Einigungsbewegung, der auch namhafte deutsche Politiker wie der Bundeskanzler *Konrad Adenauer* (CDU), der Ministerpräsident und Verteidigungsminister *Franz-Josef Strauß* (CSU), Reichstagspräsident *Paul Löbe* (SPD), der ehemalige Ministerpräsident *Alfons Goppel* (CSU, 1979-1984 Mitglied des Europäischen Parlaments), *Otto von Habsburg* (für die CSU von 1979 bis 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments und ehem. Präsident der Paneuropa-Union) angehörten.

Coudenhove-Kalergi erhielt 1955 das Große Bundesverdienstkreuz und 1972 das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern.

Bis heute wird *Coudenhouve-Kalergi* im Europäischen Rat in Straßburg durch eine Büste geehrt.

Wer das Buch von *Coudenhove-Kalergi* bisher nicht erst genommen hatte, kann die Verwirklichung seiner Ideen heute in fast jeder deutschen Stadt studieren.

Coudenhove-Kalergi-Preise für Juncker und Merkel

Seit dem Jahr 2002 wird von der Europa-Union in Münster die Coudenhove-Kalergi-Plakette verliehen. *Jean-Claude Juncker,* seit 1.11.2014 Präsident der Europäischen Kommission, erhielt diese Auszeichnung im Jahr 2007.

Die von *Coudenhove-Kalergi* ins Leben gerufene Paneuropa-Union gründete 1978 die Coudenhove-Kalergi-Stiftung, die 2008 in »Europa-Gesellschaft Coudenhove-Kalergi« umbenannt wurde. Alle zwei Jahre verleiht diese Gesellschaft den »Coudenhove-Kalergi-Europapreis«. Zu den Preisträgern gehören unter anderem:

1990: *Helmut Kohl*
2010: *Angela Merkel*
2014: *Jean-Claude Juncker*

Bei der Verleihung 2010 würdigte *Merkel* das beständige Arbeiten der Gesellschaft für die europäische Idee.

Das Buch »Praktischer Idealismus« von *Coudenhove-Kalergi* ist restlos vom Buchmarkt verschwunden.
Uns liegt das Original vor.

Rassismus-Hysterie in Deutschland

© Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

»Deutschland hat ein Rassismus-Problem, das läßt sich nicht leugnen.«

Stephan Weil (SPD), niedersächsischer Ministerpräsident, 5.8.2018

»Daß Deutschland ein großes oder sogar sehr großes Rassismus-Problem hat, finden momentan zwei von drei Deutschen.«

Deutsche Welle, 2.8.2018

Offensichtlich leiden immer mehr Menschen in Deutschland – beeinflußt von Politikern und Medien – unter Realitätsverlust. Spätestens seit dem »Fall Özil« und seinem Ausscheiden aus der Fußball-Nationalmannschaft ist die Rassismus-Hysterie in unserem Land ausgebrochen. Schnell wurde deutlich, daß am »Fall Özil« das angebliche Elend der Flüchtlinge in Deutschland aufgehängt wurde. Man bekam den Eindruck, Deutschland wäre durch und durch ein rassistisches Land.

Gestern noch die hochgelobte Willkommenskultur, heute ein rassistisches Land: Ein rasanter Umschwung, dem Politiker und Medien wahrscheinlich selbst keinen Glauben schenken. Aber was macht man nicht alles für Wählerstimmen und Einschaltquoten?!

Dabei stört es offensichtlich auch niemanden, daß deutsche Politiker und Journalisten von unserem Land ein Bild zeichnen, welches den Propagandakampagnen der Türkei ähnelt. Laut dem türkischen Präsidenten *Erdoğan* sei es inakzeptabel, einen jungen Mann, der für die Nationalmannschaft alles gegeben habe, *»so rassistisch zu behandeln«*. Der Abgeordnete der türkischen Regierungspartei AKP, *Kerem Abadi*, folgerte: *»Seit Adolf Hitler hat sich nicht viel geändert in Deutschland. Rassismus wurde nur zeitgenössisch modernisiert.«*

Warum soll eine ablehnende Haltung zu dem Foto *Özils* mit *Erdoğan* (der von vielen als Verbrecher angesehen wird) kurz vor der Fußball-WM, Rassismus sein?

Haben unser Land oder die Menschen, die in ihm leben, es verdient, als rassistisch beschimpft zu werden, obwohl fast jeder vierte Einwohner einen Migrationshintergrund hat? In Städten wie Frankfurt sogar rund die Hälfte der Bevölkerung?

Die Linke, die SPD und die Grünen machen mit dem Rassismus-Thema Wahlkampf. Dies auf Kosten der hier lebenden Migranten, die es durch diese Propaganda zunehmend mit der Angst zu tun bekommen.

Sie machen eine objektive Debatte zur Flüchtlingspolitik unmöglich, indem alle unangenehmen Fakten mit der Rassismus-Keule totgeschlagen werden.

Sie provozieren Menschen, welche die fehlgeleitete Flüchtlingspolitik kritisieren, mit Beschimpfungen – siehe Demonstration in Chemnitz – und fördern damit eine Radikalisierung jener, die der demokratischen Rechte indirekt beraubt werden. Frei nach dem Motto: »Wenn Du gegen den Mord – begangen von zwei oder drei Flüchtlingen – in Chemnitz demonstrierst, bist Du ein Nazi, Faschist und Rassist.«

Damit sei an dieser Stelle ausdrücklich betont, daß bis auf wenige Irre niemand in Deutschland eine »arische Rasse« einfordert.

Die mangelnde Objektivität in der Migrations- und Flüchtlingspolitik, die Offene-Grenzen-Politik, die dauerhafte Beschimpfung unseres Volkes als rassistisch und die soziale Ungerechtigkeit aufgrund der krankhaften Sucht nach moralischer Selbsterhöhung beschwört geradezu einen »neuen Adolf« herauf, wie wir ihn aus den bundesdeutschen Medien kennen.

Die Verantwortung dafür tragen nicht irgendwelche Rechtsparteien in den Parlamenten oder konservative Publizisten, sondern jene undemokratischen Kräfte, die mit ihrer ständigen Selbstanklage aufgrund der deutschen Geschichte unsere Demokratie aushebeln und den *»Menschen, die schon länger hier leben«* (Zitat *Merkel* für die Deutschen) das Gefühl geben, Bürger zweiter Klasse zu sein.

SEIT WANN SIND TÜRKEN EINE RASSE?

Afrika: Lebensraum für Milliarden

die Größe Afrikas im Vergleich mit ausgewählten Ländern der Erde

Land	Fläche in 1.000 qkm
USA	9.834
China	9.597
EU	4.423
Indien	3.287
Japan	378
Schweiz	41
Gesamt	27.560
Afrika	30.370
Mond	37.932
Europa	10.180

Will man sich eine Vorstellung von der wirklichen Größe des afrikanischen Kontinents machen, darf man nicht auf eine Karte schauen. Das wäre, als würde man versuchen, die Oberfläche eines Balles auf einem Blatt Papier nachzubilden – es muß zwangsläufig zu Verzerrungen führen. Allein Kamerun ist weitaus größer als die Bundesrepublik.

Die wahre Größe Afrikas kann man nur mit dem Blick auf einen Globus erfassen. Der afrikanische Kontinent umfaßt über ein Fünftel der gesamten Landmasse der Erde, nur Asien ist größer.

Flächenmäßig ist Afrika größer als die aufgezählten und in die Karte hineinkopierten Länder zusammen. Genug Lebensraum für Milliarden von Menschen!

Die Ausrede, Afrika hätte aber viele Wüsten, Berge und unwirtliche Gebiete, zieht nicht. Die gibt es auch in den USA (328 Millionen Einwohner), in China (1,397 Milliarden Einwohner) und in Indien (1,334 Milliarden Einwohner).

Armut, Hunger und Elend in Afrika haben viele Ursachen, an Lebensraum mangelt es nicht!

Jetzt kommt die Kolonialismus-Keule

Nach Rassismus-, Antisemitismus-, Fremdenfeindlichkeits- und Sexismus-Keule kommt nun die Kolonialismus-Keule.

Nachdem es auch dem kreativsten politischen Strategen nicht mehr gelingt, den gutgläubigen Deutschen die Schwarzafrikaner als Syrer zu verkaufen, müssen neue Argumente für die Überfremdung Deutschlands her. Was paßt da besser ins Konzept als frech zu behaupten, daß ausgerechnet wir Deutschen Afrika und seine Bewohner in der Vergangenheit ausgebeutet hätten?

Der gutmenschlichen Seele wird eingeredet, auch hier hätten wir Wiedergutmachung zu leisten. Nicht nur, daß weitere Steuermilliarden nach Afrika, in das Faß ohne Boden, hineingepumpt werden sollen, sondern auch die Pflicht zur Aufnahme weiterer »Migranten« aus Afrika wird dem Bundesbürger in die sowieso schon vernebelten Gehirne gepflanzt.

Unsere Staatsmedien, die Politiker und die gekauften Wissenschaftler müssen die Dinge nur oft genug wiederholen, bis ein Großteil der Bevölkerung an diesen Unsinn glaubt. Es gibt genügend Beispiele aus der jüngeren deutschen Geschichte, die belegen, was eine intensive Gehirnwäsche bewirkt, um »historische Fakten« zu schaffen.

WISSEN ÖFFNET DIE AUGEN!

ERDKUNDE FÜR GUTMENSCHEN

Wer weiterhin der Meinung ist, wir könnten einen Ansturm aus Afrika überstehen und weiterhin an »Wir schaffen das!« festhält, hat keine Ahnung von Geographie, Demographie und Politik!

EIN GRÖSSENVERGLEICH ZUM NACHDENKEN

Druck und Verlag: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, 46049 Oberhausen

»Should we kill the Germans?«

JANUARY 4, 1943 3

Should We Kill the Germans–or Save Them?

By Dorothy Thompson:

Kill Naziism, Then Use Golden Rule

PM Daily

What Are We Going To Do With the Germans?

Answers by

Dorothy Thompson

Franz Boas

Albert Einstein

Earnest Hooton

Look Who's Trying To Cheer Us Again

And See Who's Hooking Up Across the Street

Ausschnitt aus dem Artikel in *PM's Daily* vom 4.1.194 *»Should We Kill the Germans - or Save Them?«*, in welchem *E. A. Hooton* die Frage aus seiner Sicht beantwortet.

Earnest Albert Hooton, Professor für Anthropologie an der Harvard-Universität, wurde in einem Artikel in *PM's Daily* vom 4.1.1943 *»Should We Kill the Germans – or Save Them?«* sehr deutlich auf die Frage, was mit Deutschland und uns Deutschen geschehen soll:

»Das Deutsche Reich ist in mehrere Einzelstaaten aufzuteilen. Jedem Teil soll nach einer gewissen Zeit der Überwachung und Verwaltung durch die Vereinten Nationen die Möglichkeit gegeben werden, seine eigene Form einer nichtfaschistischen Regierung zu wählen. Das Ziel dieser Maßnahme ist es, den nationalen Rahmen vereinter [geeinter] deutscher Angriffslust zu zerstören [zu zerschlagen].«

»Während dieser Zeit sind auch die Einwanderung und Niederlassung von Nicht-Deutschen, vor allem von Männern zu ermutigen.«

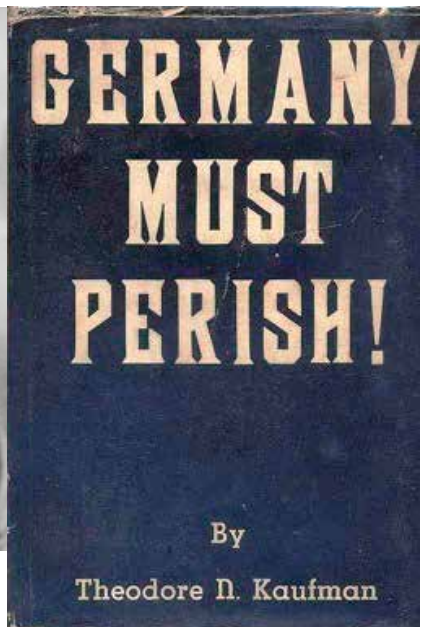
Der vollständige Artikel ist im Original und mit Übersetzung in der UN 8/1986 nachzulesen.

»Deutschland muß vernichtet werden«

»Germany must Perish!« ist an Haß und Inhumanität kaum zu übertreffen. Statt einer Verurteilung dieses Buches in deutschen Medien werden die Kritiker als »Verschwörungstheoretiker« verunglimpft. Es stellt sich die Frage nach dem Warum. Die Realität zeigt, daß die Wünsche des Herrn *Kaufman* mit anderen Mitteln angestrebt und verwirklicht werden. Hier einige Auszüge:

»Als einzige Möglichkeit, die Welt ein für allemal vom alldeutschen Gedanken zu befreien, bleibt also nur, die Quelle zu verstopfen, aus der die kriegslüsterne Seele ihren Ursprung nimmt. D. h. das deutsche Volk daran zu hindern, seine Art immer erneut zu zeugen. Diese moderne Methode, wissenschaftlich unter dem Begriff rasseveredelnder Sterilisation bekannt, ist einfach, menschlich und gründlich.«

»Die Bevölkerung Deutschlands, ohne die eroberten und besetzten Gebiete, beträgt ungefähr 70 Millionen Menschen, fast zu gleichen Teilen Männer und Frauen. Um das deutsche Volk aussterben zu lassen, braucht man nur etwa 48 Millionen zu sterilisieren, ausgeschlossen sind Männer über 60 und Frauen über 45 Jahre wegen ihrer natürlichen Einschränkung von Geburten.«



Theodore Newman Kaufman und sein Pamphlet von 1941 *»Germany must Perish!«*

»Nach vollständiger Sterilisation wird es in Deutschland keine Geburten mehr geben. Bei einer normalen Sterberate von zwei Prozent jährlich wird sich die Bevölkerung im Jahr um etwa 1.500.000 verringern. Demzufolge würde das, was Millionen Menschenleben und Jahrhunderte vergeblicher Anstrengungen gekostet hat, nämlich die Ausrottung des großdeutschen Gedankens und seiner Träger, eine vollendete Tatsache werden. Durch Sterilisation verliert der Deutsche seine Möglichkeit sich fortzupflanzen, dadurch verkümmert der deutsche Wille so, daß die deutsche Macht zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt.«

Immer schön dumm halten ...

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11044 Berlin

Dorotheenstr. 84
10117 Berlin

Postanschrift:
11044 Berlin

Tel. +49 30 18 272-0
Fax +49 30 18 272-2555

bearbeitet von:

Referat 202 (Bürgerservice)

www.bundesregierung.de

Dokumentation Rabat-Prozess

Ihr Schreiben, bei uns eingegangen am 13. Juli 2018
Berlin, den 16. Juli 2018

Sehr geehrte Frau [redacted]

vielen Dank für Ihr Schreiben an unser Haus, in dem Sie um Zusendung deutscher Texte im Zusammenhang mit dem Rabat-Prozess bitten. Der Rabat-Prozess ist Teil der Europäischen Migrationsdialoge, an denen Deutschland zwar teilnimmt, deren Veranstalter es aber nicht ist. Deshalb fertigt die Bundesregierung auch keine deutschen Übersetzungen von Dokumenten an, die im Rahmen dieser Dialoge entstehen.

Politik im Namen des Volkes – aber am Volk vorbei!

Am 2.5.2018 verabschiedeten die Außenminister der EU-Staaten mit ihren Amtskollegen afrikanischer Staaten bei einer Konferenz in Marrakesch (Marokko) einen Plan, der Millionen Afrikanern legale Wege zur Auswanderung nach Europa öffnen soll. Die Konferenz fand im Rahmen des sogenannten »Rabat Process« statt, der so heißt, weil die erste Tagung dieser Art vor zwölf Jahren in Marokkos Hauptstadt Rabat stattfand.

Alle Außenminister der EU-Staaten (außer Ungarn) **stimmten diesen Plänen zu, auch *Heiko Maas,* Außenminister der Bundesrepublik Deutschland** (siehe Kopie des Protollkopfes in *UN* 8/2018).

Rabat Process
Euro-African Dialogue on Migration and Development

Marrakesh Political Declaration

Man sollte meinen, das Regierungskabinett, sämtliche Bundestagsabgeordneten und letztlich auch der Souverän, das Wählervolk, sollten wissen, was dort in den zwei Papieren »Marrakesh Political Declaration« und »Marrakesh Action Plan 2018-2020« mit Zustimmung unseres Außenministers vereinbart wurde.

Einen amtlichen deutschsprachigen Text gibt es aber nicht. Geht man davon aus, daß nicht alle Bundestagsabgeordneten so fließend englisch sprechen, daß sie den Inhalt in allen seinen Feinheiten lesen und erfassen können, laufen in der Politik Vereinbarungen und Entscheidungsprozesse ab, von denen weder die Volksvertreter noch das Volk etwas wissen sollen!

Die Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage läßt tief blicken.

Neubezieher können die *UN* 8/2018, in der wir die Pläne erläutert haben, bestellen. Das englischsprachige Protokoll (8 Seiten) ist als UN-ARCHIV 8183 anzufordern.

PLÄNE, VON DENEN DAS VOLK NICHTS WEISS

Den Nerv getroffen!

Vor drei Jahren, mit der Ausgabe *UN* 9/2015, hatten wir den Nerv aller derer getroffen, denen die bloße Existenz eines deutschen Volkes ein Greuel war und ist.

Coudenhouve-Kalergi (1925) *Theodore N. Kaufman* (1941: *»Deutschland muß vernichtet werden!«*) und andere forderten das, was wir heute erleben und was in Zukunft noch verstärkt werden soll: die Masseneinwanderung fremder Völkerschaften zur Zerstörung unserer verhaßten »Identität«.

Weil das in den *UN* glasklar und für den Normalbürger, der keine Geschichtsbücher studiert, verständlich dargelegt wurde, war die Auflage sofort vergriffen. Wir mußten für die vielen Nachbestellungen, auch von Lesern, die zuvor noch nie etwas von den *UN* gehört hatten, eine »Sonderauflage« drukken. Die Reaktion kam prompt:

Anzeigen und Ermittlungsverfahren

Weil es keine Handhabe gab, gegen den Inhalt der juristisch geprüften Texte vorzugehen, suchten mehrere Staatsanwaltschaften einen Angelhaken, um die weitere Verbreitung eines solchen unliebsamen Geschichtsunterrichts zu stoppen: Paragraph 86a StGB: Verfassungswidrige Symbole!

Auf Seite 3 hatten wir zum Beleg der zeitgeschichtlichen Wahrheit den Buchdeckel des *Kaufman*-Buches »Germany must perish!« abgebildet.

Auf ihm ist im Hintergrund ein Hakenkreuz zu erkennen. Also auf zur Hetzjagd! Ein verbotenes Symbol!

Ermittlungsverfahren wurden eröffnet, Vorladungen zur Vernehmung, Einschaltung von Rechtsanwälten, juristische Gutachten, Belege dafür, daß dieses Symbol in Berichten, Filmen, Fernsehserien zur Zeitgeschichte und selbst auf modernsten Videospielen täglich zu sehen ist.

Einen Teilsieg hatte man damit erreicht: Vorsichtshalber mußten wir den weiteren Versand der *UN* 9/2015 »auf Eis legen«.

Es dauerte bis zum 14.8.2018 (!!!):

»Tatvorwurf: Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen: Das Ermittlungsverfahren [...] *habe ich gemäß § 170 Abs. 2 der Strafprozeßordnung eingestellt. Hochachtungsvoll«* (Unterschrift)

So eine Staatsanwältin aus Duisburg, drei Jahre nach der Veröffentlichung. Da es aber viele andere, evtl. ideologisch eingeengte Staatsanwälte gibt, die uns Zeit, Aufwand und Geld kosten könnten (was wir nicht haben), haben wir den Buchtitel auf Seite 8 nunmehr durch den einer anderen Auflage »ersetzt«.

Liebe Leser, ganz privat:

Große Freude über das Ende von *Die Aula*

Die Aula, ein auch in der Bundesrepublik gern gelesenes national-freiheitliches Monatsmagazin aus Wien, mußte vor Monaten sang- und klanglos ihr Erscheinen einstellen.

Die von Akademikerverbänden und von der FPÖ mitfinanzierte Zeitschrift widmete sich auch gesamtdeutschen Fragen und stellte sich gegen die Masseneinwanderung nach Europa. Sie war eine gewichtige Stimme zur politischen Meinungsbildung in Österreich und trug zum Wahlerfolg der FPÖ bei – wurde aber nur gebraucht, bis die »Freiheitlichen« mit an die Regierung kamen.

Seitdem wollte (mußte?) sich die FPÖ von der klaren Haltung der *Aula* distanzieren, um der »internationalen Ächtung« zu entgehen. Die israelische Regierung hatte angekündigt, mit FPÖ-Ministern keinen Verkehr zu pflegen.

Also wurde der *Aula* das Geld entzogen und die links-liberale Tageszeitung *DER STANDARD* meldete am 27.9.2018: *»Netanjahu lobt Regierung von Kanzler Kurz«*. Am Rande der UNO-Generalversammlung in New York habe Israels Regierungschef bei einem Treffen mit Kanzler *Kurz* Lob und Zustimmung *»zur Schließung des rechten Magazins „Aula“«* zum Ausdruck gebracht.

Ja, so geht das, wenn man sich von Geldgebern abhängig macht.
Wir bauen allein auf das Urteil und die Beiträge unserer UN-Bezieher! Denken Sie bitte daran!

Ihre UN-Mitarbeiter

IM FREUNDESKREIS

»Große Mehrheit der Deutschen sieht Migration als Bereicherung«

WELT

Abonnement Ticker Suche Login

DEUTSCHLAND INTEGRATIONSBAROMETER

Große Mehrheit der Deutschen sieht Migration als Bereicherung

Veröffentlicht am 17.09.2018 | Lesedauer: 4 Minuten

Von Marcel Leubecher
Politikredakteur

Das neue Integrationsbarometer zeigt, dass die Menschen in Deutschland überwiegend ein positives Bild vom Zusammenleben mit Zuwanderern haben. Nur bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund hat sich das Integrationsklima minimal verschlechtert.

AUTOPLAY

Die Mehrheit der Deutschen glaubt, die aufgenommenen Flüchtlinge werden Deutschland kulturell langfristig bereichern.

Das besagt der Integrationsmonitor des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration.

Für einen von vielen beobachteten Rechtsruck bei den Einstellungen zur Migration liefert die Studie keine Belege.

Bildschirmausdruck www.welt.de/politik/deutschland/article181557280/Integrationsbarometer-Mehrheit-der-Deutschen-sieht-Migration-als-Bereicherung.html vom 29.9.2018

»Große Mehrheit der Deutschen sieht Migration als Bereicherung«, überschrieb *Die Welt* am 17.9.2018 auf ihrer Internetseite einen Bericht über eine »repräsentative Umfrage«. Ganz zum Schluß des Artikels erfährt man, wer befragt wurde:

»Für die repräsentative SVR-Erhebung wurden zwischen Juli 2017 und Januar 2018 insgesamt 9.298 Personen bundesweit interviewt. Davon waren 2.720 Personen ohne Migrationshintergrund, jeweils rund 1.500 Spätaussiedler, Türkeistämmige und EU-Zuwanderer sowie 1.760 Personen mit einem Migrationshintergrund aus der „übrigen Welt“. Zusätzlich wurden 369 Asylzuwanderer interviewt, die ab 2014 eingereist waren.«

Tolle Umfrage und sehr »repräsentativ«! Wenn wir den Fuchs fragen, was er von Gänsebraten hält, ist auch da das Ergebnis absehbar.

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE45ZZZ00000086750**; Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

_____
Vorname und Name (Kontoinhaber)

_____
Name des Kreditinstituts

_ _ _ _ _ _ | _ _ | _ _ | _ _ _
BIC (SWIFT)

_ _ _ _ _ _ | _ _ _ _ _ _ | _ _ _ _ _ _ | _ _ _ _ _ _ | _ _ _ _ _ _ | _ _ _ _ _ _ | _ _ _ _
IBAN

❑ Dieses Mandat gilt nur für nebenstehende Einzugsermächtigung.

☒ Für die Vorankündigungen (»Prenotification«) der Lastschriften gilt eine verkürzte Frist von 2 Kalendertagen.

_____
Datum, Unterschrift

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., folgende Beträge mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen:

Betrag: _____ Euro

❑ einmalig ❑ jährlich
❑ halbjährlich ❑ zweimonatlich
❑ vierteljährlich ❑ monatlich

ab (Datum): _____

_____
Datum, Unterschrift

Hinweis: Diese Einzugsermächtigung kann nur mit einem gültigen SEPA-Lastschriftmandat ausgeführt werden.

GLAUBE KEINER FREMDEN UMFRAGE!

»Man kann einem Nichtjuristen die Einzelheiten unserer Abschiebungs-gesetzgebung kaum noch vermitteln. Eine Rechtsordnung, die von den Menschen nicht mehr verstanden wird, bekommt ein Legitimitätsproblem.«

Bundestagspräsident *Wolfgang Schäuble* (CDU), lt. *Welt am Sonntag,* 23.9.2018

Der Friedensnobelpreisträger Dalai Lama:

»Europa gehört den Europäern«

Der Dalai Lama, geistliches Oberhaupt der Tibeter, floh 1959 nach der Niederschlagung eines buddhistischen Aufstandes gegen die chinesische Unterdrückung nach Indien.

Seitdem ist er rastlos in aller Welt unterwegs, um für ein friedliches Zusammenleben zu werben. Im Jahr 1989 erhielt er dafür den Friedensnobelpreis.

Auf einer Konferenz in Malmö (Schweden) am 12.9.2018, drei Tage nach den dortigen Reichstagswahlen, sprach er sich dafür aus, daß Flüchtlinge nach dem Ende der Gefahren in ihren Heimatländern dorthin zurückkehren sollten. Europa sei moralisch verantwortlich, wenn es um die Aufnahme eines Flüchtlings gehe, »dessen Leben wirklich in Gefahr ist«. Und weiter: *»Nehmt sie auf, helft ihnen, bildet sie aus. Aber am Ende müssen sie ihr eigenes Land entwickeln«* und dieses wieder aufbauen. Das müßten die Europäer den Flüchtlingen klar machen.

Foto: Christopher Michel / flickr / CC BY 2.0

»Ich denke, Europa gehört den Europäern«, erklärte der 83-jährige Nobelpreisträger.

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

❑ *Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).*

❑ *Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.*

❑ *Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr._____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).*

❑ *Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.*

*Name/Anschrift:*_____

_____

*Jahrgang:*_____ *Telefon:*_____ (für Rückfragen)

Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergeben werden.
Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:
FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:
www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:
Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen
verantw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creativ-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/

LETZTE MELDUNG